

## 61-7-I-14

AntragstellerInnen: Nadia Abd El Hafez u.a.

Gegenstand: TOP 7: Inhaltliche Anträge

### **International solidarisch: Schluss mit Austerität!**

1 Eine andere Politik ist möglich und nötig! Um der wachsenden sozialen Un-  
2 gleichheit und der damit einhergehenden Produktivitäts- und Investitions-  
3 schwäche progressiv zu begegnen, sind staatliche Investitionen in Soziales,  
4 Bildung, Kultur und Infrastruktur gesellschaftlich notwendig. Diese stehen  
5 aber im eklatanten Gegensatz zur Austeritätspolitik, die auf "Sparsamkeit"  
6 im Staatshaushalt setzt und in Form der "Schuldenbremse" ins Grundge-  
7 setz geschrieben wurde. Wir treten entschieden ein gegen diese demokratie-  
8 und zukunftsfeindliche Ideologie, die durch Privatisierungen öffentlichen Ei-  
9 gentums, Lohnverzicht, Steuererleichterungen für Großkonzerne, verstärkte  
10 Arbeitsmarkt-Konkurrenz und weitere Deregulierung der (Finanz-)Wirtschaft  
11 gekennzeichnet ist. Stattdessen wollen wir einen wirtschaftspolitisch eingrei-  
12 fenden, für das Allgemeinwohl intervenierenden Sozialstaat erstreiten. Nur so  
13 wird eine demokratische Investitionspolitik möglich, die eine sozialökologische  
14 Transformation des aktuellen Wirtschaftssystems ermöglicht.

15 Insbesondere an Hochschulen ist der Investitionsstau offensichtlich. Sanierung  
16 von Gebäuden; Schaffung von Barrierefreiheit; Abschaffung prekärer Arbeit im  
17 Mittelbau bis hin zu unbezahlten Promovierendenstellen; Errichtung interdis-  
18 ziplinärer Lehre oder die Erhaltung "kleiner" Studiengänge – die Liste ließe sich  
19 beliebig fortsetzen: Vielfach scheitern selbst diese rudimentären Ansprüche an  
20 die Universität an der eklatanten Unterfinanzierung. Hinzu kommen die Priva-  
21 tisierung des Akkreditierungswesens und der inzwischen erhebliche Anteil von  
22 Drittmittelfinanzierung an den Hochschulhaushalten, welche das Grundrecht  
23 auf Freiheit der Bildung und Forschung stark einschränken. Eine grundlegen-  
24 de Ausfinanzierung aller Hochschulen ist gesellschaftlich notwendig – doch nur

25 ohne die “Schuldenbremse“ realisierbar. Denn diese suggeriert lediglich, dass  
26 die Begrenzung von staatlicher Verschuldung dem Allgemeinwohl diene. Tat-  
27 sächlich bewirkt die “Schuldenbremse“ vielmehr, dass allgemeinwohlorientier-  
28 te Forderungen aus der Bevölkerung mit dem Verweis auf den vermeintlichen  
29 “Sachzwang“ der verbotenen Neuverschuldung erstickt werden. Weiterhin sug-  
30 geriert die “Schuldenbremse“, da sie allein monetäre Vermögensänderungen  
31 erfasst, dass es haushaltspolitisch sinnvoll sei, öffentliche Bauten, öffentliche  
32 Infrastruktur etc. verrotten, privatisieren oder erst gar nicht bauen zu lassen.  
33 Der Bau von Sozialwohnungen oder die Sanierung von maroden Hochschul-  
34 gebäuden zum Beispiel führt tatsächlich dazu, dass staatliches Geldvermögen  
35 in staatliches Immobilienvermögen umgewandelt wird – die “Schuldenbremse“  
36 erfasst allerdings nur die Schulden. Umgekehrt führt beispielsweise die Privati-  
37 sierung der Deutschen Bahn nur zu einer Transformation von Unternehmens-  
38 in Geldvermögen – laut “Schuldenbremse“ wäre das aber ein Gewinn. Auf  
39 diese Weise redet die “Schuldenbremse“ neoliberaler Privatisierungspolitik das  
40 Wort. Staatsverschuldung führt, entgegen den Behauptungen konservativer Po-  
41 litiker\*innen, nicht zu Handlungsunfähigkeit des Staates. Das passiert entwe-  
42 der, wenn der Staat geldpolitisch nicht eigenständig ist (Griechenland hat z.B.  
43 keine eigene Zentralbank) und seine geldpolitischen Interessen bei der Insti-  
44 tution, die für die Geldpolitik zuständig ist (im Falle Griechenlands während  
45 der Eurokrise: die EZB), nicht durchsetzen kann. Oder, wenn der Staat zwar  
46 seine Geldpolitik gestalten kann, die Währung aber kein Vertrauen in der Be-  
47 völkerung mehr genießt (also bei Hyperinflation, z. B. in Venezuela). Beide  
48 Schreckensszenarien sind in Deutschland aber äußerst unwahrscheinlich.

49 Die Souveränität, über die gesellschaftliche Entwicklung kollektiv bestim-  
50 men zu können, ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Mit  
51 der “Schuldenbremse“ wird der Allgemeinheit dieses fundamentale Recht ab-  
52 gesprochen – nicht nur in Griechenland. Dass die Entscheidungshoheit über  
53 die Verwendung öffentlicher Mittel den demokratischen Institutionen entzogen  
54 ist, begünstigt “Politikverdrossenheit“, autoritären Ungeist und extremistische  
55 Konkurrenzideologie. Mit der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte  
56 und dem Grundgesetz hat diese Ideologie nichts zu tun. Vielmehr konserviert  
57 und steigert Austeritätspolitik soziale Ungleichheit und die aktuellen neoli-  
58 beralen Verhältnisse. Die Abschaffung der “Schuldenbremse“ ist daher eine  
59 Wiederherstellung von Demokratie und ein Schritt auf dem Weg hin zu einer  
60 solidarischeren Gesellschaft.

61 Um Demokratie, Grund- und Menschenrechte zu realisieren, gilt es aus Sicht  
62 des fzs der Austeritätspolitik eine Absage zu erteilen und die Schuldenbrem-  
63 se aus dem Grundgesetz zu streichen. Da wir diese Möglichkeit gemeinsam

64 mit anderen erstreiten wollen, ist der fzs dem Bündnis “International solida-  
65 risch: Schluss mit Austerität!“, initiiert vom ehem. AstA und Studierenden der  
66 Uni Hamburg, solidarisch und bezieht die Positionierung gegen die Schulden-  
67 bremsen und für sinnvolle Investitionen, für eine Ausfinanzierung der öffentli-  
68 chen Infrastruktur und Daseinsfürsorge und für die Gestaltung progressiver  
69 gesellschaftlicher Umbrüche in die Überlegungen für die geplante “Lernen-am-  
70 Limit“-Kampagne mit ein.

## **Begründung**

Der Antrag zum gemeinsamen Entgegenstellen gegen die Schuldenbremse und damit für die Ausfinanzierung von Hochschule und Wissenschaft konkretisiert die Forderungen und Hintergründe der „Lernen am Limit“-Kampagne des fzs.

Alles weitere erfolgt mündlich.

## **AntragstellerInnen**

Nadia Abd El Hafez (BuVo Campusgrün)